

Nr. 16 | 24.7.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

in jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages berichte ich Ihnen über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin. Ferner gebe ich Ihnen einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin. In dieser Ausgabe berichte ich Ihnen von der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause und der Klausurtagung der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine schöne Sommerzeit und hoffe, daß Sie alle gesund und erholt aus Ihrem Urlaub wiederkommen.

Es grüßt Sie sehr herzlich
Ihr
Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Leistungsverbesserungen für Pflegebedürftige und Pflegende
2. Gesetz zur Drittstaatenregelung
3. Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes
4. Jahresbericht 2013 des Wehrbeauftragten (55. Bericht)
5. Sommerklausur der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg
6. Regionales



Der sogenannte Generationenvertrag

Zeichnung: Sebaste

1. Leistungsverbesserungen für Pflegebedürftige und Pflegendе

Angesichts steigender Zahlen von Pflegebedürftigen und Demenzkranken hat die Bundesregierung beschlossen, die Pflege in dieser Wahlperiode in zwei Stufen zu stärken. In einer ersten Stufe ab 1. Januar 2015 soll es Leistungsverbesserungen im Wert von 2,4 Milliarden Euro geben. 890 Millionen Euro davon fließen in die Anhebung von Pflegeleistungen, um die Preissteigerung auszugleichen. Die große Bedeutung der Pflegereform liegt aber darin, dass nicht nur Geld verteilt wird, sondern die Pflegebedürftigen und die sie Pflegenden gestärkt werden.

Rund 350 Millionen Euro stehen für die Flexibilisierung von Kurzzeit- und Verhinderungspflege bzw. Tages- und Nachtpflege bereit. Das erleichtert es den Pflegebedürftigen, in ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben, denn zwei Drittel aller Pflegefälle werden wunschgemäß zu Hause gepflegt. Zum ersten Mal werden diese Leistungen auch für Familien mit Angehörigen in der Pflegestufe 0 zugänglich gemacht. Weitere rund 300 Millionen Euro sind für zusätzliche Betreuung und Hilfe im Alltag vorgesehen. Und für den Einbau von Treppenlift oder behindertengerechter Badewanne wird es höhere Zuschüsse geben. All dies stärkt die Angehörigen dabei, zu Hause zu pflegen.

Um die Fachkräfte in den Einrichtungen zu entlasten, soll die Zahl der Betreuungskräfte auf 45.000 fast verdoppelt werden. Diese Betreuer sind verantwortlich für menschliche Zuwendung und das bedeutet auch mehr Zeit für sachkundige Pflege. Dafür werden jährlich über 500 Millionen Euro zusätzlich aufgewendet. Gleichzeitig werden ab 2015 rund 1,2 Milliarden Euro pro Jahr für den Aufbau eines Pflegevorsorgefonds zurückgelegt. So wird ein massiver Beitragsanstieg verhindert, wenn die geburtenstarken Jahrgänge ab dem Jahr 2035 ins Pflegealter kommen.

20 Jahre nach Einführung der Pflegeversicherung unter einer CDU/CSU-geführten Regierung kann die Pflegeversicherung dank eines stetigen Ausbaus als Erfolg angesehen werden.

2. Gesetz zur Drittstaatenregelung

In zweiter und dritter Lesung wurde das Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer verabschiedet. Der Gesetzentwurf definiert die drei Balkanstaaten (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Serbien, Bosnien und Herzegowina) als 'sichere Herkunftsstaaten'. Fast ein Viertel aller Asylanträge in Deutschland geht auf Bürger aus den genannten drei Staaten zurück, fast alle sind offenkundig unbegründet. Die Herkunft aus sichereren Herkunftsstaaten ermöglicht eine Beschleunigung von Asylverfahren und die Freisetzung von Bearbeitungskapazitäten für dringende Fälle. Zugleich wird der Arbeitsmarktzugang für Asylsuchende und geduldete Ausländer verbessert, der künftig nach drei Monaten möglich ist. So können diese Menschen schneller einen Beitrag zu ihrem Unterhalt leisten.

3. Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

In zweiter und dritter Lesung wurde das Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes verabschiedet. Es sieht im Wesentlichen den Wegfall der Optionspflicht nur für Personen vor, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind. Junge Deutsche, die mindestens acht Jahre vor Vollendung des 21. Lebensjahres in Deutschland verbracht oder sechs Jahre eine Schule im Inland besucht bzw. im Inland einen

Schul-oder Ausbildungsabschluss erreicht haben, können die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern neben der deutschen Staatsangehörigkeit behalten. Damit wird eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Die Regelung ist von integrationspolitischer Bedeutung, da etwa Kinder, die in jungen Jahren Deutschland verlassen, sich weiterhin für eine Staatsangehörigkeit entscheiden müssen.

4. Jahresbericht 2013 des Wehrbeauftragten (55. Bericht)

Die Bundeswehr übernimmt in zahlreichen Auslandseinsätzen Verantwortung für die Bewahrung von Frieden und Freiheit auf der Welt und trägt mit Stabilisierungseinsätzen stark dazu bei, dass diese Welt sicherer wird. Der diesjährige Bericht des Wehrbeauftragten zeigt auf, dass die Einsätze für die Familien der Soldaten sehr belastend sein können und benennt eine Reihe von Problemen in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Rund 5.100 Eingaben wurden behandelt. Auf die sich abzeichnenden Probleme wurde bereits im Koalitionsvertrag hingewiesen. Deshalb hat Verteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen MdB Maßnahmen zur Verbesserung der Lage auf den Weg gebracht. Der Wehrbeauftragte stellt eine positive Entwicklung hinsichtlich einer in der Vergangenheit schwierigen Situation für Heimkehrer aus Einsätzen fest.

5. Sommerklausurtagung der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg

Am 9. Und 10. Juli fand in Berlin die Sommerklausurtagung der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg statt. Einer der ersten Programmpunkte war ein politisches Gespräch mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB im Rahmen eines gemeinsamen Mittagessens. Nach einer Diskussion über die Themen Werte, Menschenbild, Gesellschaftsordnung und Chancen im Zeitalter der Informationstechnologien erörterten wir mit dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder MdB die anstehenden inhaltlichen Schwerpunkte der CDU/CSU-Fraktion. Am zweiten Tag nahmen die Mitglieder der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Europäischen Parlament sowie die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg an der Sommerklausur teil. Es wurden aktuelle landespolitische Themen aus Baden-Württemberg und aktuelle europapolitische Themen erörtert. Nach einer Mitgliederbefragung zur Frage der Spitzenkandidatur für die Landtagswahl 2016 endete die Sommerklausur mit einem Vortrag des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Finanzen, Steffen Kampeter MdB, zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen.

6. Relevantes aus Mannheim und der Region

Absage an reine Güterverkehrsstrecke

Mannheim ist einer der wichtigsten ICE-Verkehrsknotenpunkte in der Bundesrepublik Deutschland. Mit aller Kraft und über politische Parteigrenzen hinweg werde ich mich dafür einsetzen, daß dies auch so bleibt. Dies ist meine Einstellung zu den jüngsten Spekulationen um den Bau einer Güterverkehrsstrecke zwischen Frankfurt und Mannheim anstelle der geplanten Hochgeschwindigkeitstrasse. Bereits in der Vergangenheit habe ich mich klar gegen den sogenannten ICE-Bypass ausgesprochen, mit dem die Deutsche

Bahn die ICE-Strecke an Mannheim vorbei bauen wollte. Die Zusage vom Bundesverkehrsministerium und von Bahn-Chef Dr. Rüdiger Grube, wonach Personenzüge ausschließlich über den Hauptbahnhof Mannheim fahren müssen, ist auf mein gemeinsames Betreiben mit dem damaligen SPD-Bundestagskollegen Lothar Mark in den derzeit noch aktuellen Bundesverkehrswegeplan aufgenommen worden. Ich verlange, diesen Passus auch in den neuen, ab 2015 gültigen Bundesverkehrswegeplan wieder aufzunehmen, denn die Neubaustrecke wird von einer großen Mehrheit der Mannheimer Bevölkerung unterstützt. Es wäre geradezu grotesk, einen aus nationalen und internationalen Verkehrsgesichtspunkten so bedeutenden Lückenschluss wie den zwischen Mannheim und Frankfurt, der zudem noch den Rückhalt der Bevölkerung genießt, nicht zu bauen, während andere Projekte trotz erheblichem regionalem Widerstand verwirklicht werden.

Zukunft der Altrheinfähre gesichert

Der Fährbetrieb über den Altrhein zwischen Mannheim-Sandhofen und der Friesenheimer Insel wird auch über 2014 hinaus weiter in Betrieb bleiben. Dies hat mir der Fachbereich Tiefbau der Stadt Mannheim auf meine Anfrage hin mitgeteilt. Nachdem die Altrheinfähre im vergangenen Jahr wegen erheblicher technischer Mängel generalüberholt wurde, waren immer wieder Spekulationen zu vernehmen, wonach der Fährbetrieb im Herbst 2014 endgültig eingestellt werden soll. Ich habe mich sowohl für die Generalüberholung der Fähre stark gemacht als auch für deren weiteren Betrieb. In ihrer Stellungnahme teilte die Stadtverwaltung mit, daß der Fährbetrieb ab 2015 von der Firma Claus P. Winterheld durchgeführt werde. Ich bin sehr zufrieden mit diesem Ausgang. Die traditionsreiche Verbindung über den Altrhein ist insbesondere für Fahrradfahrer von großer Bedeutung, da sie Teil des europäischen Radwegs ist. Ein Ende der Altrheinfähre hätte äußerst negative Auswirkungen für Mannheim als Touristenstadt. Ich bin froh, daß es zu einer Einigung zwischen der Stadt und dem neuen Betreiber, der Firma Claus P. Winterheld, gekommen ist.

Jüttner ruft zur Teilnahme an „Aktiv für Demokratie und Toleranz 2014“ auf

Auch in diesem Jahr sucht das von der Bundesregierung gegründete Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) mit dem Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz 2014“ zivilgesellschaftliche Aktivitäten für eine lebendige und demokratische Gesellschaft. Gerade angesichts aktueller Entwicklungen in Mannheim rufe ich die Mannheimerinnen und Mannheimer dazu auf, sich an dem Wettbewerb zu beteiligen.

Mannheim ist eine Stadt, in der das Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen und mit unterschiedlichem religiösem Hintergrund schon immer auf der Tagesordnung war. Ganz aktuell stehen Mannheimer Bürgerinnen und Bürger wieder gemeinsam gegen antidemokratische und fremdenfeindliche Tendenzen ein. Dass das inzwischen so selbstverständlich ist haben wir vielen engagierten Menschen zu verdanken, die unermüdlich für ein friedliches Miteinander eintreten. Ich möchte diese Personen und Gruppen ermuntern, am Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz 2014“ teilzunehmen.

Bewerben kann man sich mit Aktivitäten, die hauptsächlich von Ehrenamtlichen getragen werden. Es muss sich um bereits durchgeführte Projekte und Initiativen handeln, die sich mit den Themenfeldern des BfDT

Demokratie, Toleranz, Integration, Gewaltprävention, Extremismus und Antisemitismus auseinandersetzen. Als Gewinn winken Geldpreise von 1.000 bis 5.000 Euro. Bewerbungen können online unter www.buendnis-toleranz.de eingereicht werden.

Jüttner ruft zur Teilnahme an Tagen der Begegnung in Berlin auf

Vom 5. bis 7. November 2014 finden in Berlin die 22. Tage der Begegnung statt. Ich rufe Interessenten aus Mannheim auf, an der Tagung über Glaube und Werte teilzunehmen. Die unter der Schirmherrschaft von Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert stehende Veranstaltung richtet sich an junge Menschen im Alter von 18 bis 28 Jahren, die sich für die Verbindung von Werten und Politik interessieren. Schirmherr Prof. Dr. Lammert bezeichnete die Tage der Begegnung als „die älteste fraktionsübergreifende Initiative im Deutschen Bundestag“. Seit 1985 lädt ein überkonfessioneller Einladerkreis von Abgeordneten zu dieser Veranstaltung mit Referaten Workshops und Gesprächen in den Deutschen Bundestag ein. Spitzenpolitiker, Journalisten, Wissenschaftler und Unternehmer denken nach über Glaube und Werte, „in Verantwortung vor Gott und den Menschen“, wie es die Präambel des Grundgesetzes uns aufträgt.

Mannheim mit seiner Meile der Religionen und seinem beispielhaften Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher religiöser und wertanschaulicher Überzeugungen ist ein gelungenes Beispiel friedlichen Zusammenlebens. Ich hoffe, daß sich Teilnehmer der verschiedenen Gruppierungen in unserer Stadt, die sich mit Wertefragen auseinandersetzen, um eine Teilnahme an den Tagen der Begegnung bewerben.

Nähere Informationen sind unter www.tage-der-Begegnung.eu und in meinem Berliner Büro unter 030-227-72291 zu erhalten.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de